Bekanntmachung

Feststellung des Ergebnisses der Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Herr Klaus Meyer, An der Aa 1, 48480 Schapen, plant den Neubau eines Fresserstalles mit 360 Plätzen und Reduzierung der Tierzahl in den vorhandenen drei Bullenställen von jeweils 306 auf 270 Plätze. Die Gesamtanlage soll nach Vorhabenumsetzung eine Kapazität von 810 Bullen und 360 Fresser haben. Das Vorhaben befindet sich in der Gemarkung Schapen, Flur 4, Flurstück 51/1.

Für dieses Vorhaben war gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 4 UVPG i.V.m. Nr. 7.5.1 der Anlage 1 zum UVPG die Durchführung einer Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls erforderlich.

Im Rahmen dieser Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls wurde nach Maßgabe der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG festgestellt, dass für das Vorhaben keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Durch den Neubau des Stalles einschließlich Verkehrsflächen kommt es zu einer Neuversiegelung von ca. 2.640,10 m². Es kann davon ausgegangen werden, dass im Vorhabenbereich ausschließlich ubiquitäre Arten vorkommen. Die potenzielle Bedeutung des Standorts als Brutplatz für Offenlandarten wie den Kiebitz ist durch die bestehenden Gehölzstrukturen stark eingeschränkt. Die durch die Flächenversiegelung auftretenden Umweltauswirkungen sind daher nicht von übergeordnetem Ausmaß.

Die durch das Vorhaben entstehenden Emissionen in Form von Lärm, Staub oder Geruch überschreiten laut den vorgelegten Gutachten nicht die zulässigen Grenzwerte im Sinne der TA Luft oder TA Lärm.

Im Umfeld des Bauvorhabens befinden sich Waldflächen und Wallhecken. Durch das Vorhaben werden die Immissionswerte jedoch nur geringfügig verändert. Laut dem eingereichten forstlichen Gutachten (mit Ergänzung zum Thema Wallhecken) sind keine erheblichen Nachteile für den begutachteten Waldbestand sowie der Hofgehölz-, Hecken- und Wallheckenstrukturen zu erwarten.

Erhebliche Beeinträchtigungen der Grundwasserneubildung und des Wasserhaushalts werden aus wasserwirtschaftlicher Sicht ebenfalls nicht erwartet. Der Vorhabenstandort ist durch lineare Gehölzstrukturen in die Landschaft eingebunden, so dass das Landschaftsbild nicht nennenswert beeinträchtigt wird.

Im Ergebnis sind unter Berücksichtigung der Kriterien der Anlage 3 keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen auf die in § 2 Abs. 1 UVPG genannten Schutzgüter zu erwarten. Für das Vorhaben besteht demnach keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Feststellung des Ergebnisses wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist (§ 5 Abs. 3 UVPG).

49716 Meppen, den 21.02.2025

Landkreis Emsland
Der Landrat